

In Zukunft Arbeit?

Henning Zander

Die Diskussion um die fortschreitende Globalisierung wird von folgenden Zahlen dominiert: Im Jahre 1996 wurden 549 Milliarden Dollar grenzüberschreitend investiert, dies waren 75 % mehr als im Jahre 1991. Für Fusionen und Übernahmen wurden 1996 weltweit 275 Milliarden ausgegeben, das war doppelt soviel wie zehn Jahre zuvor. Es gibt 44 000 transnationale Firmen mit 280 000 Auslandsniederlassungen. Auch wenn die Globalisierung von einigen KritikerInnen als medialer Hype empfunden wird, sprechen zumindest diese Zahlen für sich. Die Welt ist in Bewegung.

Dank neuer Techniken agieren Unternehmen heutzutage weltweit. Sie beschaffen ihre Rohstoffe dort, wo sie am preiswertesten sind, sie produzieren dort, wo die Arbeitsplätze am billigsten sind, und verkaufen dort, wo die KundInnen sitzen. Am weitesten global integriert sind die Kapitalmärkte und am wenigsten die Arbeitsmärkte. Auf der Suche nach der höchsten Verzinsung zerstört die ungebändigte Kapitalflut gewachsene Produktions- und Handlungsstrukturen. Als Reaktion darauf werden politische Entscheidungen von der nationalen

auf die supranationale Ebene verlagert, denn wo „global players“ auf den Märkten grenzenlos schalten und walten können, scheint mensch ihnen nur auf diese Weise Herr werden zu können. Mit der Zunahme der Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen wurde eine Konzentration der Entscheidungsvollmachten in den Händen von Personen erreicht, deren Entscheidungen zwar weitreichend sind, wie zum Beispiel EU-KommissarInnen, deren Erkenntnisfähigkeit jedoch nicht dadurch erhöht wird, daß die Entscheidungskompetenzen gebündelt werden. Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden weiterhin in einem begrenzten nationalen Rahmen erarbeitet. Die Strategien, die bislang zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt wurden, wie die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, eine Steuerreform, die Wachstum bringen soll, neue Dienstleistungen, weitere Frühverrentungen und überbrückende Programme zur Arbeitsbeschaffung, greifen nicht mehr, da es ihnen an Flexibilität fehlt, der neuen Lage entsprechend adäquat zu handeln. Geflissentlich wird übersehen, daß Europa dem Ende der Lohnarbeitsgesellschaft mit ihren Vollzeitbeschäftigten

entgegen strebt. Die fortschreitende Rationalisierung und Automation setzt mehr Arbeitskräfte frei, als neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur noch knapp ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung Großbritanniens sind noch im klassischen Sinne vollbeschäftigt. In Deutschland sind es immerhin noch über 60 %, aber auch bei uns ist der Trend nicht zu übersehen. Statt Verteilungsmechanismen zu überdenken, leisten wir uns den Luxus, ein Fünftel der Bürger dauerhaft von der Erwerbsarbeit auszuschließen. Dies mag kurzfristig der einfachere Weg sein, auf lange Sicht geht dieser Prozeß jedoch zu Lasten der Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft.

In Zukunft Sozialstaat?

Die liberale Theorie der Grundrechte nach Locke stellt die Begriffe der Freiheit, der körperlichen Unversehrtheit, und des Schutzes des Eigentums in den Vordergrund ihrer Philosophie. Im Zentrum der Betrachtung soll hier der Begriff der Freiheit stehen. Ernst Tugendhat unterscheidet in seinem Buch „Vorlesungen über Ethik“ zwei Freiheits-

typen, den der negativen Freiheit und den der positiven. Unter einem negativen Freiheitsbegriff ist das Fehlen von Zwängen und unmittelbarer Gewalt zu verstehen. So ist zum Beispiel der Arme frei in dem Sinne, daß ihn niemand daran hindert, sich mit legalen Mitteln zu bereichern. Dieser Freiheitsbegriff greift jedoch zu kurz, da er keine sozialen Gesichtspunkte beinhaltet. Vielmehr berücksichtigt der Liberalismus nach Tugendhat nur die Interessen derer, die in der Lage gewesen wären, einen symmetrischen Kontrakt oder überhaupt einen Kontrakt zu schließen. Die Ausdehnung der Grundrechte über die negativen Freiheitsrechte hinaus ist jedoch grundlegend, um dem menschlichen Grundbedürfnis nach Autonomie gerecht zu werden. Dieser Ausdehnung liegt der positive Freiheitsbegriff zugrunde.

Demnach ist nur der frei, der die Fähigkeit und die Gelegenheit dazu hat. Menschen, die an der Ausübung eines Berufes durch die negative Freiheit und die dadurch resultierende Machtakkumulation der Privilegierten gehindert werden, haben deshalb einen Anspruch darauf, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Es ist die Pflicht des jeweiligen Staates, die hierfür nötigen Bedingungen zu schaffen. Nur wer über materielle Sicherheit verfügt, kann seine politischen Freiheitsrechte mit Leben füllen. Die Konsolidierung des Sozialstaates sollte deshalb das Ziel jeder europäischen Regierung sein.

In Zukunft Billigjobs?

Arbeitsminister Walter Riester erkennt nicht zu unrecht, daß der Begriff der Arbeit weiterhin im Zentrum des Wertekanons unserer Gesellschaft steht. Arbeit entscheidet weiterhin über den sozialen Status der Einzelnen und deren Teilhabe an der Gesellschaft. Auch Wolfgang Streek und Rolf Heinze liegen mit ihrer Analyse gar nicht so falsch, daß „(fast) jeder Arbeitsplatz besser ist als gar keiner, auch deshalb, weil die wichtigste Voraussetzung dafür, einen besseren Arbeitsplatz zu finden, darin besteht, erst einmal überhaupt einen zu haben“ (*DER SPIEGEL* vom 10. Mai 1999). Aber wo soll die Grenze gezogen werden, was noch ein erträglicher Arbeitsplatz sein kann? Welche Gesellschaft kann es sich wirklich leisten, seine AkademikerInnen Autoscheiben waschen zu lassen? Sicher findet in den USA jeder einen Job. Auch hier in Deutschland ist dies kein Problem. Aber zu welchem Preis? Sind die (noch) geltenden sozialen Standards Be-

standteil eines Arbeitsverhältnisses „de Luxe“, oder nicht eher ein erstrebenswertes Kulturgut, welches die Bundesrepublik auch als Standort attraktiv macht?

Weder Arbeitsminister Riester noch Streek und Heinze lassen an Ulrich Beck's neuem Buch „Schöne, neue Arbeitswelt“ ein gutes Haar. So wird dessen Konzept der Bürgerarbeit und des Bürgergeldes als „intellektuelle Kopfgeburt“ und „politisch impotent“ verspottet. Auch die *ZEIT* hält Beck entgegen, daß „die Produktivität von Arbeit und Kapital wächst, seit es den Kapitalismus gibt“.

Produktivitätsfortschritt sei die andere Seite des wachsenden Wohlstandes, er führe immer zu Abbau von Arbeitsplätzen und ermögliche die Schaffung neuer. Letzteres geschehe jedoch viel zu wenig, damit ließe sich die hohe Arbeitslosigkeit begründen. Die Arbeit sei zu teuer, die Arbeitsorganisation zu starr und die makroökonomische Politik konjunkturfeindlich.

Beck kündigt in seinem Buch als „ungewollte Folge der neoliberalen Utopie des freien Marktes die Brasilianisierung des Westens“ an. Beck versteht unter Brasilianisierung, daß immer mehr Menschen ohne sozialen Schutz, als Scheinselbständige oder schlicht schwarz arbeiten, daß oft mehrere Jobs zum Überleben notwendig sind und die Gewerkschaften keinen Einfluß mehr haben.

Schon in seinem 1997 erschienen Buch „Was ist Globalisierung“ spricht Beck von drei Mythen der öffentlichen Debatte. Erstens dem Undurchschaubarkeits-Mythos: Alles sei sowieso viel zu kompliziert; zweitens dem Dienstleistungs-Mythos: Der bevorstehende Aufschwung der Dienstleistungsgesellschaft werde die Arbeitsgesellschaft retten; und schließlich Dem Kosten-Mythos: das einfache Herunterfahren der Lohnkosten löse das Problem der Arbeitslosigkeit.

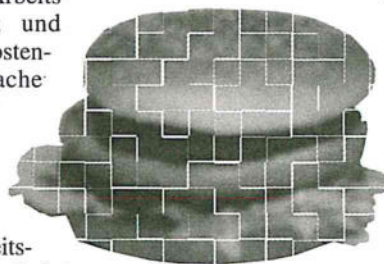
Sicher werde die Entwicklung des Arbeitsmarktes unter dem Einfluß der Globalisierung unübersichtlicher, dies schließe jedoch Prognosen über säkulare Trends nicht aus. Seit den Siebziger Jahren sei eine Abnahme der Erwerbsarbeit zu beobachten, entweder direkt durch Arbeitslosigkeit (wie in Deutschland), oder verdeckt durch „bunte Beschäftigungsformen“, wie in den USA und Großbritannien. Offensichtlich sin-

ke die Nachfrage nach Arbeit und steige das Angebot an Arbeit, unter anderem durch die durchaus gewollte und erwünschte Zunahme der Frauenerwerbsarbeit. Auch die erstarkte Dienstleistungsgesellschaft könne daran wenig ändern. Zwar würden neue Arbeitsplätze entstehen, zuvor würden aber genau umgekehrt die traditionell sicheren Beschäftigungskerne einer Automatisierungswelle zum Opfer fallen.

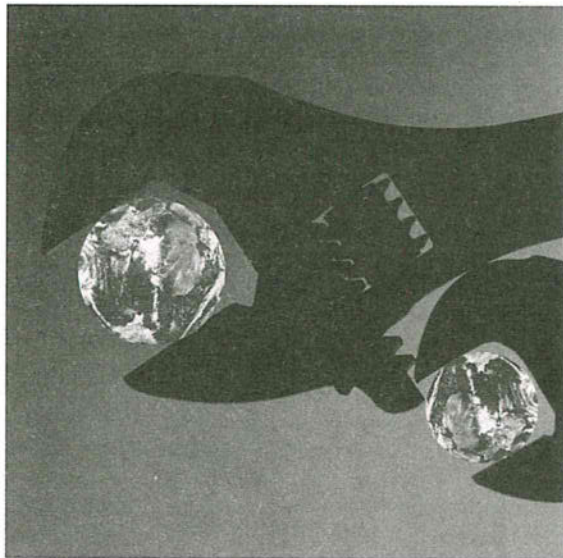
Als Lösung wird oft und gerne der amerikanische Weg gepriesen. Durch die Absenkung der Arbeitskosten und -löhne führe der Weg gradlinig aus der Arbeitslosigkeit. Doch das Amerikanische Jobwunder ist nach Beck „ein zweischneidiges Schwert“. Von 1979 bis 1989 sei das Einkommen der Unterschicht um 16 % und das der Mittelschicht um 2 % gesunken. Für die „working poor“ sei dieser Abwärtstrend gestoppt worden, doch die Einkommenslage der Mittelklasse verschlechterte sich bis 1997 um noch einmal 5 %. Der Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft ging also Hand in Hand mit einem Rückgang der Realeinkommen der gesellschaftlichen Mitte. Das Produktivitätsgesetz des globalen Kapitalismus gebiete, daß immer weniger gut ausgebildete, global austauschbare Menschen immer mehr Leistungen erbrächten. Wirtschaftswachstum setze nicht den Abbau von Arbeitslosigkeit in Gang, sondern vielmehr den Abbau von Arbeitsplätzen voraus. Zum Glück wird es in Deutschland noch als Problem empfunden, wenn ein Mensch, der tagsüber für sieben Mark die Stunde arbeitet, nachts in einem Pappkarton schlafen muß.

In Zukunft Bürgerarbeit?

Ulrich Beck setzt der Globalisierung sein Konzept der Bürgerarbeit entgegen. Bürgerarbeit meint nicht Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen oder Zivildienst für alle, sondern freiwilliges soziales Engagement. Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, sondern belohnt: Dies kann im Erwerb von Qualifikationen für vorübergehend Arbeitslose, Punkten für den Numerus Clausus, Rentenansprüchen oder Sozialzeiten liegen. Diejenigen, die existentiell darauf angewiesen seien, erhielten ein Bürgergeld. Gelten würden dafür die Maßstäbe der Sozialhilfe. Es wäre damit für die Finanzierung möglich, auf freigeordnete Mittel in den Sozialkassen oder Arbeitslosenhilfe zurückzugreifen. Wer in der Bürgerarbeit tätig sei, verliere jedoch den Makel der Arbeitslosigkeit und des Sozialhilfeempfangs.



Becks Konzept der Bürgerarbeit bringt auf populäre Art und Weise den Menschen eine neue Sichtweise auf das vorhandene Ideal einer Vollzeitbeschäftigung näher. Sie ist aber nicht wirklich neu, wenn man bedenkt, was nicht alles mit genügend Geld verwirklicht werden könnte, wenn es nur da wäre. Becks Vorschlag ist letztendlich eines von vielen, vielleicht auch eines der durchdachteren Konzepte einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), deren Eigenart es ist, schon vorhandene Organisationsstrukturen, wie zum Beispiel Sportvereine oder Selbsthilfegruppen zu stärken und zu professionalisieren. Trotzdem sind wir schon heute mit der schleichenden Professionalisierung des Ehrenamtes und des sozialen Engagements konfrontiert. Symptomatisch für diesen Prozeß ist die Einrichtung einer Schule für SozialunternehmerInnen im Osten Londons. Aus etwa 100 BewerberInnen werden jährlich 22 StudentInnen ausgesucht, die für ein Jahr lernen, wie man eine soziale Initiative aufbaut. Zwei Monate wird das sozialunternehmerische Handwerk gepaukt: Finanzierung, Marketing, Budgetmanagement, der Umgang mit relevanten Gesetzen und sozialen Institutionen. Neun Monate des Jahres engagieren sich die TeilnehmerInnen in der Praxis, zumeist in eigenen Projekten. Während des Jahres sind regelmäßige Treffen angesetzt, ein Projekttagebuch wird geführt und einE persönlicheR MentorIn steht den StudentInnen zur Seite. Finanziert wird die Schule durch die britische Lotterie. Lernziel ist die Fähigkeit, seinen eigenen Arbeitsplatz zu finanzieren, anderen damit helfen zu können und für sich selbst etwas Neues zu beginnen. So finden sich unter den StudentInnen ehemalige SozialarbeiterInnen, HochschullehrerInnen und Selbständige wieder, die der gemeinsame Wille zur Veränderung vereint.



Sozialunternehmen beginnen auch in Deutschland zu sprießen. Wie die Bielefelder „Brings und Kauf Gebrauchtkaufhaus Aktiengesellschaft“ (AG). In der Nähe des Bielefelder Hauptbahnhofes werden auf 1 500 Quadratmetern Secondhand-Waren und fabrikneue, billige Sonderposten angeboten. Der Vorstandsvorsitzende war früher Sozialarbeiter in der Bielefelder Arbeitsloseninitiative. Die AG beschäftigt mittlerweile 17 ehemalige Langzeitarbeitslose, die nach Tarif bezahlt werden. Im ersten

Betriebsjahr der AG trägt das Land Nordrhein-Westfalen noch 80 % der Lohnkosten. Der Anteil des Landes wird jedoch stetig herunter gefahren, bis sich die AG nach fünf Jahren schließlich selbst finanzieren muß.

Der Lohn einer Arbeit muß nicht immer ein von ihr abhängiges Einkommen sein. Vielmehr wirkt es sich direkt auf den Ausgabenspielraum aus, ob man einen Stuhl oder ein Fahrrad oder ein Auto selbst reparieren kann. Dieser Gedanke steht beim „Haus der Eigenarbeit“ im Vordergrund. Täglich kommen im Schnitt 50 Menschen aus München und der Umgebung in den Stadtteil Haidhausen gefahren um zu lernen und zu arbeiten. Für einen Stundensatz von maximal 12 Mark können die KundInnen alle Geräte in der Werkstatt benutzen. Die MitarbeiterInnen

– ehemals arbeitslose HandwerkerInnen, Zivildienstleistende und StudentInnen – beraten und helfen. Die Hälfte des Budgets von 600 000 DM trägt die Stadt. Für die Stadt wird sich diese Investition jedoch langfristig lohnen, sobald SozialhilfeempfängerInnen in Häusern wie diesem gelernt haben, sich weiterzubilden.

In Zukunft?

Sind SozialunternehmerInnen jedoch wirklich der VertreterInnen eines neuen Arbeitsbegriffes, oder geht es doch nicht um mehr als die Verwaltung staatlicher Mittel unter ökonomischen Gesichtspunkten? Wie weit muß Pragmatismus walten und wann darf die Utopie in Betracht gezogen werden? Der Aufbau von Sozialunternehmen ist erfreulich, ob dies jedoch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben kann, scheint fraglich. Richtig ist auf jeden Fall, daß der traditionellen Ökonomie die Konzepte ausgehen. Angesichts 5 Millionen

Arbeitslosen in Deutschland und 18 Millionen in der EU scheinen klassische Allheilmittel wie Wachstum und Niedriglöhne nicht mehr zu greifen. Auch das Jobwunder in den USA hat seinen Preis in billigen Mehrfachjobs, extremer Armut und hoher Kriminalität. So gibt es mannigfaltige Gedanken zur Behebung des derzeitigen Mangels an Arbeitsplätzen. Jedoch muß jedes Konzept, welches für sich den Anspruch erhebt, ein legitimes Mittel zu sein, der Problemlage Herr zu werden, an den Gesetzmäßigkeiten einer marktwirtschaftlichen Welt gemessen werden.

Nach den Vorstellungen von Orio Giarini und Patrick M. Liedke, den Autoren des neuesten Berichtes an den Club of Rome „Wie wir arbeiten werden“ wird sich das zukünftige Erwerbsleben in drei Schichten abspielen: Der Nichterwerbstätigkeit, der durch den Staat bezahlten Arbeit für alle, die dafür in der Lage sind; der Erwerbstätigkeit, dem klassischen Arbeitsmarkt ohne staatliche Eingriffe und schließlich der gemeinnützigen Tätigkeit, der Arbeit gegen ein Aufwandsentschädigung. In ihrem Modell verliere der Staat seine Steuerungsmöglichkeiten in der zweiten Schicht, da er nur dafür sorgen soll, daß der Wettbewerb optimal funktioniert. Auch in der ersten Schicht bläst ein rauher Wind: Wer gesund sei, aber untätig bliebe, gehe leer aus. Sonst müsse er auch unbeliebte Tätigkeiten ausüben. Die dritte Schicht umfasse alle unbezahlten produktiven Tätigkeiten: von der Kindererziehung über das Heimwerken bis zur ehrenamtlichen Vereinsarbeit. Auch diese Arbeit sei produktiv und entlohnungswürdig.

Dem französischen Philosophen Andre Gorz schwebt eine andere Idee vor. Er plädiert für ein Grundeinkommen ohne jede Gegenleistung. Gorz rechnet vor, daß schon jetzt die Hälfte der Französischen und Franzosen Einkünfte aus der Staatskasse beziehen. Wenn der Staat bürgerkriegsartige Zustände vermeiden wolle, müsse er diese Entwicklung akzeptieren. Den BürgerInnen müßten die Form ihrer vorübergehenden und in der Zeit sehr limitierten Arbeit selbst wählen können und ein Grundeinkommen sicher haben. Zusätzlich fordert Gorz radikale Arbeitszeitverkürzungen, Pausen für Weiterbildung und Selbstversorgung in elektronisch vernetzten Kooperativen. Gegen Gorz ist einzuwenden, daß zweifelhaft ist, ob Arbeitszeitverkürzung dazu führt, mehr Menschen in Lohn und Brot zu setzen. Das Finanzierungsmodell von Gorz erscheint unseriös, wenn er im Zeitalter des Euro fordert, die Staatsschulden zu erhöhen.

Jeremy Rifkin, Wirtschaftswissenschaftler und Gründer der Nonprofit-Organisation „Foundation on Economic Trends“ sieht in seinem Buch „Das Ende

der Arbeit und ihre Zukunft“ die Menschheit vor der Entscheidung, die „steigende Arbeitslosigkeit und die zunehmende Polarisierung von arm und reich“ hinzunehmen, die in „sozialen Unruhen und offenen Klassenauseinandersetzungen“ mündet, „wie sie die Moderne noch nicht erlebt hat,“ oder den Sprung zu wagen zu einer neuen Gesellschaftsform postwirtschaftlicher Struktur. Große Hoffnungen legt er hierbei in den sozialen Bereich, dem sogenannten Dritten Sektor, aus dem sich der Staat immer weiter zurückzöge. Beschäftigung in diesem Bereich hätte zur Aufgabe, die sozialen Verwerfungen zu mildern und aus lokalen Initiativen eine nicht-materialistische Vorstellung von Gesellschaft zu realisieren. Rifkins Vorstellungen sind in ihren Lösungsansätzen äußerst allgemein gehalten und wenig pragmatisch.

Jedoch allein auf die Organisationsfähigkeit der BürgerInnen zu setzen, kann für den Staat kein Weg sein. Kreative

Energien wollen gebündelt und gelenkt werden. Der Staat selbst muß auch Ideengeber sein, sonst verpufft die Kraft zur Selbsthilfe wirkungslos in zielloser Spontaneität und wird schließlich unter bürokratischen Zwängen und Aktenbergen begraben. Mögliche Wege der Steuerung weisen Mathias Greffrath (Publizist), Peter Grottian (Politologe an der FU Berlin) und Rolf Schmachtenberg (Abteilungsleiter im Arbeitsministerium von Brandenburg) in ihrem Essay „Bündnis für neue Arbeit“ aus der ZEIT vom 25. Februar 1999.

In Zukunft ein Konzept?

Sie schlagen vor, das Projekt der Bundesregierung „Arbeit für 100 000 Junge“ auf 400 000 aufzustocken und damit ein Experimentierfeld für eine neue Arbeitsmarktpolitik abzustecken. Die zusätzlichen Kosten beziffern sie auf sieben Milliarden DM. Das bisherige Prozedere von ABM-Schleifen, Lehrgängen, „verwaltet werden“ greife nicht mehr. Vielmehr müsse mensch auf die Findigkeit der Jugend setzen und gleichzeitig dauerhafte Zukunftsperspektiven, also Jobs von Bestand schaffen.

So könne die Gesellschaft auch in Erwägung ziehen, die Jugendlichen einmalig in den Besitz von 2 000 DM zu setzen, die diesen Zeit und Beratung „erkaufte“, sie anregt, ihre beruflichen Ziele zu formulieren und einen Vorschlag für eine individuell zugeschnittene Förderung zu entwickeln. Dies könne eine Finanzierung zur Selbstständigkeit sein, eine Förderung von Fortbildung, bezuschusste Probearbeit oder neue Jobs, angelehnt an Non-profit-Organisationen. Dieser Berufswegeplan würde geprüft von einem ehrenamtlichen Gremium, welches aus LehrerInnen, UnternehmerInnen und ArbeitnehmerInnen besteht. Im positiven Fall würden für bis zu drei Jahren Mittel bereitgestellt, maximal 2 500 DM brutto pro Monat.

Eine andere Idee ist es, SteuerbürgerInnen Jugendarbeitsplätze schaffen zu lassen: Statt Steuern zu zahlen, könnten BürgerInnen sinnvolle Arbeitsplätze im Non-profit-Sektor finanzieren. Sie richteten einen Arbeitsplatz ein, und das Finanzamt schriebe ihnen die Lohnkosten ihrem Steuerkonto gut. So würden Bürger an der Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen interessiert.

Weiterhin regt die die Autoren-gemeinschaft an, den öffentlichen Dienst in ein Bündnis für Nachwuchs einzube-

ziehen. Junge Leute bräuchten Arbeitsplätze und der öffentliche Dienst dringend einen Jugendschub. In den Tarifverhandlungen solle es nicht allein um mehr Lohn gehen, sondern auch etwa um die Kopplung von Altersteilzeit mit Neueinstellungen oder um eine Zweckbindung von Teilen der Tariflohnforderungen für die Einstellung junger Menschen.

In Zukunft Arbeit

Im Zuge von Rationalisierung und der Entwicklung neuer Technologien schrumpft die Zahl derer, die mit der Globalisierung in Berührung kommen. Die globalisierte Wirtschaft verschwindet zusehends aus dem Erfahrungsbereich vieler Menschen. Es ist die Angst des Menschen, sich selbst überflüssig zu machen, die ihm bei dem Wort „Globalisierung“ einen Schauer den Rücken herunter laufen läßt. Es ist gar nicht erstaunlich, daß sich viele Gesellschaften auf ihre kulturellen Wurzeln besinnen, ihre historische Identität aus ihrem lokalen Lebensumfeld herleiten. Das mag erschrecken, aber ist es jedoch nicht sinnvoller, seine Wurzeln, wenn überhaupt, in dieser lokalen Umgebung zu suchen und sie sich nicht nationalistisch verklären zu lassen? Die Globalisierung wirft den Menschen auf sich selbst zurück, dies kann jedoch als Chance verstanden werden, noch einmal zu überdenken, was Arbeit überhaupt ist, ob es darum geht, zehn Stunden am Tag seinen Lebensunterhalt zu sichern, oder ob Arbeit nicht vielmehr ein „Raum des sich Entfaltens und Gedeihens“ (Tugendhat) sein sollte. Diesen Raum zu gestalten, sollte die Aufgabe der Regierungen sein. Es gilt das Fundament einer neuen Arbeitsgesellschaft zu legen.

Henning Zander studiert Jura und lebt in Kiel.

Literatur:

Beck, Ulrich, *Schöne, neue Arbeitswelt*, 1999.

Ders., *Was ist Globalisierung*, 1998.

Giarini, Orio / Liedtke, Patrick M., *Wie wir arbeiten werden: Der*

neue Bericht an den Club of Rome, 1998.

Gorz, Andre, *Arbeit zwischen Elend und Utopie*, 1998.

Rifkin, Jeremy, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, 1995 (Taschenbuchausgabe 1997).

Soost, Stefan, *Arbeit im Umbruch*, *Forum Recht* 3/1998, 76.

Tugendhat, Ernst, *Vorlesungen über Ethik*, 1997.

Anzeige

BUNTE SEITEN 1999 mit Reader der AlternativMedien

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Ausgabe 1999 – ist jetzt erschienen. Das Adressenverzeichnis mit 12.500 ausgewählten Adressen soll einen aktuellen Überblick über die momentan existierende alternative Projekte-, Initiativen- und Betriebslandschaft in der BRD, CH und A nebst internationaler Kontaktadressen geben.

Der Reader der AlternativMedien enthält 1.250 Zeitschriftentitel (hiervon 900 deutschsprachige) mit zahlreichen Hinweisen zu Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Die aufgeführten Verlage enthalten z.T. auch Zusatzinformationen über ihre Themenschwerpunkte. Desweiteren werden Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios aufgeführt.

Als Service bietet CONTRASTE - Monatszeitung für Selbstorganisation und Herausgeberin der BUNTEN SEITEN ein bequemes Surfen durch den Medienschwung mit 90 Links auf ihrer Website an:
www.nadir.org/nadir/periodika/contrast

BUNTE
SEITEN
1999

Projekte
Initiativen
& Betriebe
mit
Reader der
Alternativ-
Medien

Preis 30 DM
+ 4 DM Porto



Bezug: CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg